

Konsumvereine, wie dies in der Denkschrift gleichfalls des näheren ausgeführt worden ist, nach vielfacher Richtung hin nur gut wirken und daß sie im Interesse der Arbeiterschaft, des Arbeiterstandes eine Institution sind, welche zu erhalten man alle Veranlassung hat.

(Sehr richtig!)

Also, meine Herren, wenn Sie sich auf den rein wirthschaftlichen Standpunkt stellen, möchte auch gegenüber den Konsumvereinen doch die Ansicht Berechtigung finden, daß wir nicht ohne Noth daran gehen möchten, diese Konsumvereine in ihrer Ertragsfähigkeit zu beschränken. Das ist das Positive, welches ich mir nur erlauben wollte in ganz kurzen Zügen anzugeben, was an und für sich für diese beiden Arten der Großbetriebe anzuführen ist, zu Gunsten derselben.

Wenn man sich nun gleichwohl, meine Herren, über diese Vortheile hinwegsetzen wollte angesichts der weiter zu behandelnden Frage der Besteuerung, so ist — und das ist auch in der Denkschrift ausgeführt und auch, glaube ich, schon im hohen Hause heute zum Ausdruck gebracht worden — die Frage doch eine sehr zweifelhafte, ob wir, wenn wir eine Besteuerung dieser Betriebe beschließen und belieben, überhaupt einen greifbaren Erfolg erzielen, einen Erfolg nach der Richtung, daß wir thatsächlich die Nothlage der Kleinbetriebe, des Kleinhandels auch nur in irgend einer Richtung aus der Welt schaffen. Es ist das, meine Herren, wie gesagt, bereits des weiteren erörtert worden. Aber es ist doch hauptsächlich auch noch darauf hinzuweisen, meine Herren! — das ist eine Thatsache, die trotz der Anzweifelung der Statistik durch den Herrn Abg. Rüder nicht aus der Welt zu schaffen ist —, daß, solange die Waarenhäuser bestehen, trotzdem die Kleinbetriebe nach der Statistik in der Hauptsache prozentual gewachsen sind,

(Sehr richtig!)

sie sind nicht aus der Welt geschafft worden, sie sind fortdauernd steigend.

Es ist weiter, meine Herren, bezüglich der Konsumvereine ganz ausdrücklich darauf hinzuweisen — und das steht ebenso statistisch fest —, daß die Konsumvereine an Mitgliederzahl stets gewachsen sind und auch gegenüber der Besteuerung, die andererseits bereits beliebt worden ist. Also ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, meine Herren, es ist zum mindesten sehr zweifelhaft, ob wir irgend einen Erfolg erzielen nach der Richtung, wie Sie ihn erzielen wollen, wenn wir diese Besteuerungsmodalität nach einer oder der anderen Richtung belieben.

(Sehr richtig!)

Es ist weiter Bezug genommen worden, meine Herren, auf den Vorgang in anderen Ländern. Es ist in der Denkschrift, meine Herren, des genügenden ausgeführt worden, daß man mit der Waarenhaussteuer in Preußen, nach meiner Ansicht wenigstens, noch keine besonders guten Erfahrungen gemacht hat. Wie die Verhältnisse in Bayern liegen, ist mir zur Zeit nicht so bekannt; ich möchte aber ausdrücklich darauf hinweisen, meine Herren, daß in Bayern die Situation insofern eine ganz andere und eine viel leichtere ist, als man hier den Rahmen einer Gewerbesteuer einhält, weil in Bayern die Steuer, die eingeführt ist, im Rahmen der Staatsgewerbesteuer sich bewegt, und das ist ein ganz wesentlicher Unterschied. Ich betone, wenn wir sie in den Rahmen einer Gewerbesteuer einkleiden, dann ist sie leichter durchzuführen.

Wenn weiter, meine Herren, Württemberg angeführt worden ist, so kann doch im Gegenwärtigen eigentlich dieses Zitat noch nicht als maßgebend betrachtet werden, weil man in Württemberg thatsächlich noch nicht zur Einführung dieser Steuer gelangt ist, wobei ich noch bemerke, meine Herren, daß in Württemberg diese Steuer nur als eine fakultative eingeführt werden soll, nicht als eine — soweit ich wenigstens orientirt bin — Zwangssteuer im allgemeinen. Das, meine Herren, nur nochmals zur Rechtfertigung des Standpunktes der Regierung.

Ich wende mich nun zu den Einwendungen, die seitens der einzelnen Redner gegen die Regierung heute vorgebracht worden sind, und ich bemerke zunächst gegenüber dem Herrn Abg. Rüder: er sagt, eigentlich müsse es den Anschein gewinnen, daß die Regierung, indem sie gegenwärtig diesen negativen Standpunkt vertritt, eine Schwenkung gemacht habe, und der Herr Abg. Rüder — ich war vollständig darauf gefaßt — hat meine Rede, die ich unter dem 19. April 1900 in diesem hohen Hause gehalten habe, als eine vollständig gute Basis benutzt, um darauf hinzuweisen, daß diese Schwenkung thatsächlich erfolgt sei. Ich habe nach dieser Richtung zu betonen, meine Herren, daß ich das, was schwarz auf Weiß vor mir liegt, natürlich nicht ableugnen kann und auch nicht ableugnen will. Ich habe seiner Zeit ausgesprochen, daß der Weg, die ganze Steuerfrage zu behandeln, ja verschiedentlich geboten sei, sei es lokalstatutarisch, sei es auf dem Wege der Gesetzgebung. Ich habe weiter darauf hingewiesen, daß wir eventuell auch den Weg der Gesetzgebung beschreiten könnten, und zwar, wie der Herr Abg. Rüder ganz richtig zitiert hat, weil man vielleicht, wenn man gesetzgeberisch vorgehe, eine größere Pression ausüben könne gegenüber den Gemeinden, die nicht dazu besonders ge-